Nr. 41.

11. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt") beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3108) ohne Bringegeld vierteljährlich ℳ 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus.
Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Waberský in Hamburg.

Donnerstag, den 18. Februar 1897.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaux.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Arbeiter und Arbeiterfreunde! Laßt auch den nachbleibenden Opfern des Streiks noch Eure Hülfe zu Theil werden!

Hierzu eine Beilage.

Sozialökonomische Wandlungen.

In anerkennenswerther Weise hat ein Theil des Hamburger Klein- und Mittelbürgerthums bei dem Streik der Hafenarbeiter und Seeleute den kämpfenden Arbeitern seine Unterstützung geliehen. Aber andererseits ist doch auch bei dieser Gelegenheit sehr scharf hervorgetreten, daß erhebliche Theile des Bürgerthums noch immer sehr viel vergessen und sehr wenig lernen. Daran ist hauptsächlich die lügnerische Presse schuld, aus der jene Kreise ihre geistige Nahrung schöpfen. Und selbstverständlich trat das bei Gelegenheit des Streiks im Binnenlande schärfer hervor als hier, weil dort die unmittelbare Anschauung fehlte, welche hier die Lügen der Kapitalistenpresse korrigirte. So hat sich auch bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß diese Kreise die Ursachen der modernen Streiks noch immer nicht verstehen gelernt haben; man läßt sich von den arbeiterfeindlichen Blättern immer noch einreden, dieselben seien nur Wirkungen „frivoler Hetzereien" und die Sozialdemokratie betrachte es als eine Hauptaufgabe, die Arbeiter unablässig in Streiks hineinzutreiben, gleichviel ob ein Erfolg erzielt wird, oder nicht. Welchen Zweck die Sozialdemokratie mit einem solch' sinnlosen Treiben erreichen möchte, das vermag man uns nicht anzugeben.

Der Bericht der Fabrikinspektoren für 1895 sagt über die Arbeiterausstände einfach, „**bei der allgemein günstigen Geschäftslage**" seien dieselben 1895 häufiger gewesen als im Vorjahre. Damit ist auch die ganze Erscheinung erklärt. Der **industrielle Aufschwung** hat die Arbeiter veranlaßt, auch für sich bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu fordern, da ja in sehr vielen Branchen die Zustände einfach unerträglich geworden sind. Da braucht es keiner „Hetzereien"; die Arbeiter kommen ganz von selbst auf den Gedanken, die günstige Gelegenheit zu benutzen.

Allein man sieht bei solchen Anlässen, wie sehr sich die Dinge zum Nachtheil der Arbeiter verändert haben. Eine Menge alter Erfahrungssätze, die man früher für unumstößlich hielt, wurde von den Thatsachen vielfach über den Haufen geworfen. Man sagte sich sonst: Wenn ein industrieller Aufschwung stattfindet, dann steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften, und wenn diese steigt, dann müssen auch die Löhne steigen. Das ist theoretisch ohne Zweifel ganz richtig. Aber es kommt eben doch wesentlich darauf an, in welchem Umfange die Steigerungen stattfinden. Im Jahre 1895 ist ohne Zweifel die Nachfrage nach Arbeitskräften gestiegen. Aber es fand sich eine ungeheure „industrielle Reservearmee" vor, die sich nach amtlichem Ausweis im Winter auf mehr als eine halbe Million Menschen beläuft; die gesteigerte Nachfrage fand also ein Angebot von noch niemals dagewesenem Umfang vor. Dazu kam die Entwicklung der Technik, die eine Menge von Arbeitskräften überflüssig gemacht hatte, sowie der Mangel einer gesetzlich fixirten Arbeitszeit für den erwachsenen männlichen Arbeiter. So kam es, daß trotz gesteigerter Nachfrage nach Arbeitskräften immer noch ein **Ueberangebot** von solchen vorhanden war, namentlich durch das Zuströmen ländlicher Arbeitskräfte zu den Industriezentren. Die Löhne schnellten also nicht schon durch die Verhältnisse des Arbeitsmarktes empor, wie in früheren Episoden des Aufschwungs, namentlich zu Anfang der siebziger Jahre, geschehen war, sondern sie blieben meistens **stabil**, d. h. sie blieben **gleich niedrig**, wie zuvor; nur an wenigen Orten gingen sie unbedeutend in die Höhe und an anderen sanken sie, wie dies auch in den Berichten der Aufsichtsbeamten sich konstatirt findet.

Man sieht, daß wir in unserer ökonomischen Entwicklung in eine neue Epoche eingetreten sind. **Das Ueberwiegen des Angebots der Arbeitskräfte über die Nachfrage auch in Zeiten des Aufschwungs bezeichnet dieselbe.**

Die Arbeiter suchten ganz naturgemäß durch Ausstände, wo ihnen die Gelegenheit günstig schien, diejenigen Verbesserungen zu erreichen, die ihnen der Arbeitsmarkt verweigert hatte. Indessen waren die Arbeitseinstellungen weder so groß noch so zahlreich, wie man unter den obwaltenden Umständen hätte erwarten können, namentlich da in so vielen Berufen eine so schreckliche Noth vorhanden ist.

Die Wirkung des Ueberangebots von Arbeitskräften machte sich noch fühlbarer im Jahre 1896.

Nach einer in bürgerlichen Blättern aufgestellten Berechnung haben im Jahre 1896 etwa 120 000 Arbeiter gestreikt. Was will das besagen bei einer Gesammtbevölkerung von 52 Millionen Köpfen?

Unter diesen Arbeitseinstellungen waren außer dem Hamburger Hafenarbeiterstreik nur drei von Bedeutung. Die Konfektionsarbeiter in Berlin, die sich der Sympathie aller Klassen der Bevölkerung erfreuten, brachten eine großartige Bewegung zu Stande, wurden aber hinterher von den Unternehmern geprellt. Der Textilarbeiterstreik in Kottbus machte Aufsehen durch die außerordentliche Zähigkeit der Streikenden; es wurden ℳ 113000 verausgabt. Dazu kam der Streik der Buchbinder in Hamburg und Stuttgart, der mit einem Erfolg der Arbeiter endete, während allerdings hinterher in Stuttgart einzelne Prinzipale den Versuch machten, die bewilligten Forderungen zu umgehen. Es ist also nicht richtig, wenn in bürgerlichen Blättern behauptet wird, „kein einziger" der 30 größeren Streiks des Jahres 1896 sei von den Arbeitern gewonnen worden.

Wenn also wirklich eine „systematische Verhetzung" der Arbeiter betrieben worden wäre, so müßte konstatirt werden, daß sie von wenig Erfolg gewesen wäre.

Aber diese „Verhetzung" existirt auch nur in den Lügenberichten der bürgerlichen Presse, welche damit die Unnachgiebigkeit der Unternehmer bemänteln wollen.

Die Unternehmer fühlen sehr wohl, daß ihre Position in Folge des vermehrten Angebots von Arbeitskräften eine günstigere geworden ist. Daher kommt auch der protzenhafte Uebermuth, mit dem von den Arbeitgebern sehr häufig die **Schiedsgerichte zurückgewiesen** werden, während die Arbeiter sich gern und willig denselben unterworfen haben.

Es ist uns das sehr erklärlich. In den bürgerlichen Kreisen ist man gewöhnlich über die Lage der Arbeiter sehr schlecht unterrichtet. Man glaubt den Kapitalistenblättern, die immer von „genügenden Löhnen" sprechen und sich geberden, als seien die Ansprüche der Arbeiter auf ein halbwegs menschenwürdiges Dasein nur übertriebene „Begehrlichkeit". Wenn aber ein Schiedsgericht zusammentritt, dann muß es die Lage der Arbeiter untersuchen und dann kommt die **Wahrheit heraus**; die kapitalistische Ausbeutung zeigt sich unverhüllt. Ein nur halbwegs unparteiisches Schiedsgericht wird dann zu Gunsten der Arbeiter entscheiden. Das **schlechte Gewissen** der Unternehmer ist es, welches sie treibt, die Schiedsgerichte so oft prinzipiell zu verwerfen.

Die Arbeiter werden aus diesem Stande der Dinge ihre Lehren zu ziehen haben.

Sie müssen mit allen Kräften eintreten für eine **vollkommene Koalitionsfreiheit**, die ihnen gestattet, ihre Organisationen groß und leistungsfähig zu machen. Daran muß sich schließen die **energische Forderung eines gesetzlichen Normalarbeitstages** für erwachsene männliche Arbeiter, ohne den alle Arbeiterschutzgesetzgebung Stückwerk ist.

Diese beiden Reformen können mit Zähigkeit und wenn Alles zusammenhält, den herrschenden Klassen abgerungen werden.

Im Uebrigen sieht man, wie sehr der Kapitalismus sein Aussaugungssystem verschärft und ausgebildet hat. Mit dem wachsenden Massenelend hält aber die Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft gleichen Schritt.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 16. Februar. Bei der heute fortgesetzten Debatte über den Militäretat wurden zwei Anträge unseres Genossen **Vollmar** an die Büdget-Kommission verwiesen und dadurch die Beschlußfassung über die betreffenden Titel zurückgesetzt. In beiden Fällen handelt es sich um Einrichtungen, wodurch höhere Offiziere sich eine Einnahme verschaffen, welche sie nominell nicht haben sollen. Nach dem Etat erhalten die höheren Offiziere für eine Anzahl Pferde Rationen, ohne den Nachweis liefern zu müssen, daß sie die angegebene Zahl an Pferden im Dienst gebrauchen. Ein solcher Offizier ist nun in der Lage, entweder einen nicht unerheblichen Ueberschuß aus den Rationen sich zu verschaffen, oder er kann, was auch nicht selten vorkommt, sich Luxuspferde auf Reichskosten halten. Darum hat unser Genosse beantragt, nur so viel für Pferde zu bewilligen, als für den Dienst nöthig ist. Die zweite Frage betrifft die Tagegelder der auf Dienstreisen befindlichen Offiziere. Hier sind die Entschädigungen noch ähnlich festgesetzt, wie sie vor der Zeit, in der man Eisenbahnen hatte, als nöthig erschienen. Auch hier ist eine Neuregelung dringend erforderlich. Die ganze Debatte beschäftigte sich heute mit einer großen Anzahl Spezialfragen.

Der freisinnige Abgeordnete **Weiß** brachte die Frage der Militärmusik und die Königsberger Börsengartenaffäre zur Sprache. Es ist ohne Zweifel ein großer Mißstand, daß die Militärmusiker überall den Zivilmusikern eine schwere Konkurrenz machen. Speziell in den großen Garnisonstädten müssen die Berufsmusiker das Feld räumen, weil sie außer Stande sind, mit den Militärmusikern zu konkurriren. Die Offiziere sind nicht selten stolz auf die gute Regimentskapelle und sie behaupten, eine solche Kapelle haben zu müssen. Man sieht aber, daß die Regimenter oft Wochen ja selbst Monate ihre Kapelle entbehren und sie beurlauben, damit die Musiker sich Geld verdienen. Weder im Interesse der Kunst, noch im Interesse des Publikums ist es geboten, diese Kunstreisen zu veranstalten. Mögen die Militärmusiker bei Paraden, auf dem Marsche, im Manöver, in den Offizierkasinos, oder bei Ständchen spielen, so viel es der Dienst erfordert, aber die Musik für das Publikum sollte man den Zivilmusikern überlassen. Freilich, wenn den Militärmusikern die Zivilkundschaft entzogen würde, dann würden die Regimentskapellen bald zusammenschmelzen. Nun lassen aber die Regimenter ihre Kapellen nicht nur vom Publikum erhalten, sondern der Umstand, daß durch die jetzigen Zustände manche Lokale auf Militärmusik angewiesen sind, wird noch dazu ausgenutzt, politische Agitation zu treiben. Mit Entziehung der Militärmusik droht man dem Wirth, der sein Lokal zu Versammlungen für die Oppositionsparteien hergiebt. Selbst wenn in einem Lokale, wie es in Königsberg geschah, das Zivilpublikum sich nicht unter den Reserveleutnantskomment beugen will, wird die Macht des Militärs benutzt, dem Wirth oder der Gesellschaft Verlegenheiten zu bereiten.

Auch die warme Abendkost für die Soldaten wurde wieder in Anregung gebracht. Ebenso wurde es wieder angeregt, die Entschädigungen für Einquartierung bei den Manövern zu erhöhen. Beide Fragen haben ohne Zweifel ihre Berechtigung, aber hier einschneidende Verbesserungen schaffen, wird zur Folge haben, daß die Ausgaben bedeutend erhöht und die Steuerschraube von Neuem angedreht werden muß.

Der nationalliberale Abgeordnete **Röside** fragte an, wie es mit der Durchführung der kaiserlichen Erlasse in den Militärwerkstätten stehe. Wenn es in jenen Erlassen heißt, die Schutzmaßregeln für Arbeiter sollen soweit durchgeführt werden, als die Gesundheit der Arbeiter es erfordert und es mit der Konkurrenz vereinbar ist, so fällt die durch die Konkurrenz für die Privatunternehmungen gebotene Einschränkung für Militärwerkstätten weg. Hier kann man Musterbetriebe einrichten. Der Kriegsminister versprach, daß er nächstens Mittheilungen über die Zustände machen will. Mit Rücksicht auf die goldene Hochzeit des Reichskanzlers wurde die Sitzung um 3½ Uhr geschlossen.

Einen Interpellationssturm wollen die Agrarier auch wegen des **Börsengesetzes** unternehmen. Die „Deutsche Tagesztg." kündigt an, Abg. Dr. **Hahn** werde im Einverständniß mit der Leitung des „Bundes der Landwirthe" demnächst im Reichstage eine Interpellation einbringen, worin die Regierung gefragt wird, „weshalb die **Ausführung des Börsengesetzes**, insbesondere aber der §§ 51 und 77, immer noch auf sich warten lasse". § 51 enthält das Verbot der Benutzung der Börseneinrichtungen für Geschäfte in Werthpapieren und Waaren, in denen der Terminhandel untersagt ist, und § 77 die Strafbestimmung für die Veröffentlichung von Preislisten über solche Geschäfte. Die Interpellation scheint sich demnach nicht ausschließlich auf den Terminhandel in Getreide, sondern auch auf den in Werthpapieren zu beziehen, in denen der Terminhandel untersagt ist.

Den Schutz der Bauarbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit betreffend, hat der **Reichskanzler** in einem an den preußischen Handelsminister gerichteten Erlaß die Frage angeregt, ob und in wie weit ein Bedürfniß nach einem weitergehenden Schutz dieser Arbeiterkategorien sich geltend gemacht hat, und welche Maßregeln etwa zur Verbesserung dieses Schutzes in Aussicht zu nehmen seien. Auf Veranlassung des Handelsministers sind nun die **Polizeibehörden**, die **Kreisbauinspektoren** und die **Gewerbeinspektoren** zur Beantwortung folgender Fragen aufgefordert worden:

1) Bedarf es einer weiteren Ausgestaltung der polizeilichen oder berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften? 2) Welche Maßnahmen — abgesehen von der Unfallverhütung — sind zur Vermehrung des gesundheitlichen Schutzes der Bauarbeiter und im Interesse des Anstandes und der Sittlichkeit auf Bauten erforderlich? 3) In wie weit bedarf es zur erfolgreichen Durchführung der Schutzvorschriften einer Verbesserung und Umgestaltung der obrigkeitlichen Aufsicht über Bauausführungen? 4) Liegt ein äußerlicher Anlaß dafür vor, die Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Fabriken (§§ 135 bis 139 a der Gewerbeordnung) auf Bauten auszudehnen?

Das Reichsversicherungsamt hat an die Vorstände der **Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten** ein Rundschreiben gerichtet, worin **gewarnt** wird, aus dem Vermögen der Anstalten zu große Mittel für die **Errichtung von Lungenheilanstalten** und ähnliche Zwecke aufzuwenden. So gut der Gedanke an sich auch sei, müsse man doch mit den bis jetzt vorhandenen Einrichtungen solcher Art erst Erfahrungen sammeln. Ferner sei zu bedenken, daß die Geldfrage nicht so wie bei der Unfallversicherung liege. Die Berufsgenossenschaften könnten für eigene Krankenhäuser deshalb unbedenklicher Gelder bewilligen, weil diese ausschließlich von Arbeitgebern herrühren.

Unter anderem Namen fanden sich die **Agrarier** am Dienstag abermals zusammen. Das ist ja schon alljährliche Uebung. Diesmal treten sie als „**Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer**" auf. Hierbei führte zur Abwechslung Freiherr v. **Manteuffel** den Vorsitz. Er jammerte, daß es im vorigen Jahre hoffnungsfreudiger für die Agrarier ausgesehen hätte als in diesem Jahre. Man sage freilich, es sei Aussicht, daß die Forderungen der Landwirthschaft bezüglich der **Margarinegesetzgebung**, die in wirklich schnöder Weise abgewiesen worden sind, sich in diesem Jahre realisiren würden. Aber das seien nur kleine Mittel. Redner verquickte dann die Gottheit selbst mit dem Antrag Kanitz. Er meinte, Gott werde die deutsche Landwirthschaft nicht im Stich lassen.

Dann wurde versucht, nach dem Muster der Absperrung des ausländischen Viehs auch für eine **Umgehung der Handelsverträge** in Bezug auf **ausländisches Getreide**, zu agitiren, indem man die längst vom Reichsgesundheitsamt widerlegten Klagen über den **Bakteriengehalt** des russischen Getreides vorbrachte. Graf **Arnim-Muskau** spottete dabei über das Reichsgesundheitsamt, das es freilich am bequemsten finden würde, wenn die Wissenschaft die Frage für geschlossen erklärte. Mit einiger Genugthuung würde man es empfinden, wenn durch Regelung der Frage der Reinigung des ausländischen Getreides der Import desselben einige Einschränkungen erfahren würde. Eine desfallsige **Resolution**, die zugleich gerichtet ist gegen gesundheitsschädliche Futtermittel der Händler und Mühlen, wurde angenommen. Abg. **Rettich** meinte alsdann zur **Margarinefrage**, daß, nachdem ein geeignetes Färbemittel gefunden sei, die Regierungen sich wohl nicht abgeneigt zeigen würden, eine latente Färbung mit diesem Mittel vorzuschreiben und sich damit einverstanden zu erklären, daß die Vorschriften über die Trennung der Verkaufsstellen von Margarine und Butter für Städte über 5000 Einwohner zugebilligt würden. Eine desfallsige Resolution wurde gleichfalls angenommen.

Die bismärckisch agrarische Hetzpresse, die besonders den Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherrn **von Marschall**, mit ihrem Haß verfolgt, saß am Dienstag in Berlin zu einem Theil auf der Anklagebank, zum anderen figurirten ihre Vertreter als Zeugen. Es handelte sich um eine Anklage gegen den Redaktör der agrarischen „Deutschen Tageszeitung", die unter allerlei Umschweifen und Hinweisen verblümt behauptet hatte, Freiherr von Marschall habe den **Besuch des Zaren in Friedrichsruh verhindert**. Wer geglaubt hatte, daß der Prozeß besondere politische Ausbeute liefern würde, wurde enttäuscht. Beweise für seine Behauptungen konnte der Angeklagte nicht erbringen. Daß die auf Grund eines Artikels der Bismärckischen „Bank- und Handelszeitung" erhobenen Gerüchte vollständig aus der Luft gegriffen waren, bestätigten die Zeugenaussagen Marschalls und Hamanns. Leider wurde aber der Quelle des Artikels nicht nachgeforscht und nur die Berliner Bismärcker, aber nicht Friedrichsruher, wie Dr. Chrysander, als Zeugen befragt. Die vernommenen Bismärckischen Preßsöldlinge spielten eine gar klägliche Rolle; ihre Unwahrhaftigkeit, die sich in den Widersprüchen zwischen ihren ersten Aussagen und ihrer eidlichen Vernehmung zeigte, kann mit ihrer Feigheit aussichtsvoll konkurriren. Das Urtheil haben wir gestern bereits mitgetheilt.

Der Kampf gegen die Professoren, welche es wagen, gegen den Stumm'schen Geist zu opponiren, der unsere ganze Politik beherrscht und das Unternehmerthum zum ingrimmigsten Haß gegen die Arbeiter aufstachelt, wird, wie es scheint systematisch betrieben. Die denunziatorischen Auslassungen der „Hamb. Nachr." und des übrigen Preßgelichters gleicher Sorte, welche sofort, als die Professoren den Aufruf zur Unterstützung der Hamburger Streikenden erließen, ihnen die Staatsbehörden auf den Hals zu hetzen versuchten, sind auf fruchtbaren Boden gefallen. Daß **Preußen** hier den Treiber macht und auch in anderen Staaten seinen Einfluß übt, kann bei der ausgeprägt reaktionären Gesinnung, welche die preußischen „Staatsmänner" beherrscht, nicht Wunder nehmen. Von der Untersuchung gegen den Kieler Mineralogen und Unterzeichner des Aufrufes haben wir schon Mittheilung gemacht. Nun schreibt die „Frankfurter Zeitung":

„Soeben geht uns eine Meldung zu, die den spezifisch preußischen Karakter der neuesten Maßregeln gegen Universitätslehrer bestätigt. Die **Karlsruher** Polizei hat in der Wohnung des Professors **Herkner**, der ebenfalls den Hamburger Aufruf unterzeichnete, Feststellungen über dessen Personalien vorgenommen. Ein Zweck dieser Feststellungen ist, wie es scheint, nicht angegeben worden. Aus unbedingt zuverlässiger Quelle können wir jedoch mittheilen, daß die Feststellungen **auf Veranlassung einer preußischen Behörde** erfolgt sind."

Wie „Die Zeit" erfährt, soll noch gegen einen anderen Unterzeichner des Aufrufes vorgegangen worden sein.

Daß man mit solchen Maßnahmen die Unterzeichner des Aufrufs zu einer anderen Meinung bekehrt, werden selbst die weisen preußischen Veranlasser derselben nicht glauben. Was bezweckt man also damit? Soll nur die von königlich preußischen Geheimräthen und Ministern abgestempelte Meinung öffentlichen Kurs haben? Diese Gewissensbedrängung wird ehrlich überzeugte gebildete Männer nur ebenso in ihrer Ueberzeugung stärken, wie die gleichen Maßregeln gegen das sozialistische Proletariat dieses gestärkt haben. Und wenn es gelingt, jeden ehrlichen überzeugten Mann aus dem Staatsdienst zu verdrängen, glaubt man damit sein Dasein gekräftigt zu haben? Das Gegentheil wird der Fall sein. Alle ehrlichen Leute werden schließlich ein Interesse daran haben, **diesem System ein Ende zu machen.**

Das gemüthlichste „Parlament" ist wohl der **Landesausschuß von Elsaß-Lothringen.** Fast ohne Debatte, stets aber ohne ernsthafte Opposition werden dort die Regierungsvorlagen angenommen, was die „Volksvertreter" als ihre einzige Aufgabe betrachten. Daß nun selbst **diese** Körperschaft aus ihrer beschaulichen Ruhe aufgeschreckt wurde, ist das Verdienst des Statthalters Fürsten **Hohenlohe-Langenburg**, der in einer bereits mehrfach erwähnten Tischrede der oppositionellen Presse die Unterdrückung mittels des Diktaturparagraphen in Aussicht stellte. (Siehe Nr. 39 des „Echo".) Das veranlaßte den Abg. **Winterer** im Landesausschuß in der Sitzung vom 16. Februar zu folgenden Ausführungen:

„Die jüngste Rede des Statthalters, die gegen oppositionelle Zeitungen die Anwendung des Diktaturparagraphen in Aussicht stellte, habe im Lande große Besorgnisse hervorgerufen. Eine Anwendung des Diktaturparagraphen gegenüber der Presse erscheine nicht geboten. Die reichsländische Presse bleibe in Bezug auf Schärfe der Kritik hinter der Presse der übrigen deutschen Staaten zurück. Die reichsländischen Gerichte haben in Bezug auf Repressalien gegenüber der Presse das Möglichste gethan. Die gegenwärtige Lage in Elsaß-Lothringen rechtfertige keinerlei Maßnahmen auf Grund des Diktaturparagraphen. Die Rede des Statthalters sei die Antwort auf die Resolution des Landesausschusses, den Diktaturparagraphen aufzuheben. Es sei schlimmer, eine Kirchhofsruhe zu schaffen, als von Kirchhofsruhe zu reden."

Darauf entgegnete Staatssekretär von **Puttkamer**: „Er schließe sich den Wünschen Winterers an, daß der Diktaturparagraph nicht zur Anwendung kommen möge. Es sei Pflicht des Statthalters, die Ruhe aufrecht zu erhalten. Die Absichten des Statthalters werden durch **agitatorische Hetzereien**, besonders seitens eines in Colmar erscheinenden Blattes (gemeint ist die „Elf.-Lothr. Volkspartei") gefährdet. Die Rede des Statthalters enthalte eine **wohlwollende Mahnung**, damit die Anträge, die er hinsichtlich des Diktaturparagraphen zu stellen hat, nicht durchkreuzt werden. Wenn in Berlin die Absicht bestände, die Diktatur aufrecht zu erhalten, so könnte man keinen besseren Bundesgenossen finden, als die seitens des Statthalters gekennzeichnete Presse. Der Statthalter sei auf das Aeußerste bestrebt, wenn möglich die Anwendung des Diktaturparagraphen zu vermeiden. Die Frage der Aufhebung des Diktaturparagraphen finde im Reiche ihre Entscheidung."

Und das Musterparlament gab sich mit dieser Erklärung zufrieden! Der Etat des Statthalters und seines Büreaus, des Staatsraths und kaiserlichen Raths, der Vertretung beim Bundesrath und des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen, sowie des Ministeriums für Elsaß-Lothringen wurden unverändert genehmigt.

Im Lande hat die Dinerrede des Statthalters die Erbitterung über die Diktatur und die Preßknebel nur noch verschärft. Sogar die nationalliberale „Straßb. Post" erklärt: „Wir wollen nicht verschweigen, daß wir den Hinweis auf etwa nöthig werdende Maßregelungen am liebsten vermißt hätten." Der „Mülh. Expreß" antwortet dem Statthalter: „Keine oratorische Wendung vermag für uns die Bitterkeit von dem abzuwenden, was da ist, im Vergleich mit dem, was da sein könnte. Was da ist, das ist die alte, reaktionäre französische Gesetzgebung, ist der Diktatur-Paragraph. Was da sein müßte, das ist das allgemeine Recht, unsere Gleichstellung mit den übrigen Reichsangehörigen .... Selten ist eine Bevölkerung den guten Bethätigungen, den Vertrauensbeweisen so zugänglich wie die unserige; aber Wenige haben ein so ausgeprägtes Selbstgefühl, sind so empfindlich gegen unvermeidliche Erniedrigungen und Kränkungen, welche stets das Gefühl einer minderwerthigen Stellung zur Folge haben." Die „übelgesinnte", d. h. unabhängige Presse fühlt sich vollends nichts weniger als zerknirscht. Der „Elsässer" bemerkt, wenn die Polemik mitunter eine gewisse Schärfe annehme, so möge man auch an die Lage der Elsaß-Lothringer denken, die nicht einmal einen **Grund** für die 25jährige kränkende Ausnahme-Behandlung erhielten, und man möge auch auf die **Vorbilder** schauen, welche dem Lande in der Polemik geboten würden. Das Blatt erhofft eine bessere Wendung „mit dem Aufhören der Einflüsse, die sich zur Zeit geltend machen". Die Straßburger demokratische „Bürgerztg." erklärt: „Wenn wir vor die Alternative gestellt werden: Biegen oder brechen, dann mag man uns brechen! Ducken werden wir uns nimmermehr." So hat die Rede nur den Erfolg gehabt, daß die sonst erklärtesten politischen Gegner vollständig einig sind in der scharfen Verurtheilung derselben, und daß mit dieser Erbitterung nicht mehr, wie früher, schüchtern hinter dem Berge gehalten wird. Für das ganze Reich ist die Sache ein sehr lehrreicher Beweis, daß der Wind in Elsaß-Lothringen heute aus einem ganz anderen Loche bläst, als man von früher gewohnt war, und daß gerechten Klagen abgeholfen werden **muß**. Mit dem System: „Gründe kriegen Sie nicht!" ist's endgültig aus. Wer das nicht einsieht, dem könnte die Zukunft sehr unliebsame Ueberraschungen bringen. Nur dem völligen Verkennen der Situation im Lande ist die Hohenlohe'sche Rede zuzuschreiben.

Der siebente Parteitag für Kurhessen und Waldeck fand am Sonntag in **Bettenhausen-Kassel** statt. Der vom Vertrauensmann **Garbe**-Kassel erstattete Kassenbericht ergab, daß er insgesammt durch Sammellisten, Maimarken u. s. w. ℳ 475,63 eingenommen, für Agitation, Versammlungen, Flugblätter u. s. w. ℳ 415,90 ausgegeben hat. Der Kassenbestand beträgt also ℳ 59,73. Die Organisation im Wahlkreise läßt noch viel zu wünschen übrig, doch sei im abgelaufenen Jahre in weit höherem Grade agitirt worden als früher. — Eine längere Diskussion befaßte sich mit den **nächsten Reichstagswahlen** und der Agitation für dieselben, worüber die Genossen eingehend ihre Meinungen austauschten. Den übrigen Theil der Verhandlungen füllte die Erörterung der **Preßverhältnisse** aus. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag angenommen, in alle die Orte, wo zwar ein Vertrauensmann, aber keine Abonnenten auf das „Volksblatt für Hessen" vorhanden sind, regelmäßig einige Agitationsexemplare hinzusenden. Bezüglich der „Mitteld. Sonntagsztg." hält der Parteitag den vorjährigen Beschluß aufrecht, demzufolge es den Genossen freigestellt wird, überall da, wo das „V. f. H." nicht einzuführen ist, für die „M. S.-Ztg." einzutreten.

Im englischen Unterhause versuchte am Dienstag die Opposition von der Regierung reinen Wein eingeschenkt zu erhalten über ihre Stellung zu den **Wirren auf Kreta**. Aber umsonst. **T. P. O'Connor** beantragte die Vertagung des Hauses, um auf die kritischen Zustände auf Kreta und auf das Verhalten der Regierung die Aufmerksamkeit zu lenken. Das britische Volk im Allgemeinen billige das Vorgehen Griechenlands, welches Salisbury getadelt habe. **Dillon** unterstützte den Antrag. Minister **Balfour** bekämpfte die Erörterung als nicht im Interesse der Regierung liegend. Es handle sich um eine große Verantwortlichkeit, wenn das Unterhaus auf Mittheilungen dringen sollte, die er nicht geben könne und nicht geben solle. Es gebe nur zwei Möglichkeiten: die eine wäre, den Dingen in der Türkei ihren Lauf zu lassen, die andere, die Einführung von Reformen durch geeintes Vorgehen der Mächte zu versuchen. Einige Mitglieder des Hauses schienen zu wünschen, daß **die Griechen** nicht im Auftrage der Mächte, sondern **auf eigene Hand** und nach eigenem Ermessen Reformen auf Kreta einführen sollten. **Solche Politik würde direkt zum europäischen Kriege führen**, denn es wäre **absolut unmöglich, das europäische Konzert zusammenzuhalten für einen mit dem türkischen Reiche verknüpften Zweck und nicht für alle anderen Zwecke.** Wenn die Regierung daher thun wollte, was die gegnerischen Redner wünschten, so wäre der Zerfall des europäischen Konzertes die unvermeidliche Folge. Alle darauf gegründeten Hoffnungen müßten aufgegeben werden; das türkische Reich würde zerfallen. (Beifall auf den Bänken der Opposition.) Ja, aber nicht durch friedliches Wachsen freier Institutionen innerhalb seiner Grenzen, nicht durch Verbreitung der Zivilisation von einem Ende bis zum anderen, sondern durch einen **europäischen Krieg**, dessen Folgen unabsehbar seien. (Beifall bei den Ministeriellen.) Die Regierung halte an dem einzigen Wege einer friedlichen Lösung, welche im europäischen Konzert liege, fest. Er appellire daher an das Haus, von weiteren Erörterungen abzustehen, welche das europäische Konzert gefährden könnten. Die Regierung sei weder zu verurtheilen, noch zu kritisiren, noch einem Kreuzverhör zu unterwerfen, bis die jetzige Krise vorbei sei, was, wie er hoffe, in nicht allzu ferner Zeit der Fall sein werde.

Sir W. **Harcourt** erklärt: Die Opposition sei bemüht gewesen, der Regierung in auswärtigen Fragen keine Verlegenheiten zu bereiten. Er beklage es, daß gestern die Regierung dem Unterhause die Aufklärung verweigert, dem Oberhause aber gegeben habe. Das Wesentliche in den Erklärungen Lord Salisburys sei die Verurtheilung des Verhaltens der griechischen Regierung. Falls die Politik der Regierung einfach eine Verurtheilung des Verhaltens der griechischen Regierung sei, dann vertrete sie nicht die Gefühle des britischen Volkes. (Beifall auf den Bänken der Opposition.) Falls die Regierung in Europa und in dem eigenen Lande durch die Erklärung Eindruck machen wolle, daß der sie beseelende Geist der Geist des Tadels und der Feindseligkeit gegen die griechische Nation sei, so sei dies eine Politik, mit der Redner nicht einverstanden sei. Hierauf zog T. P. O'Connor den Antrag zurück.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm das Unterhaus die **Unterrichtsbill** mit 355 gegen 150 Stimmen in zweiter Lesung an.

Die Untersuchung wegen des Jameson'schen Einfalles in Transvaal ist am Dienstag in London von dem dazu niedergesetzten **Parlamentsausschuß** aufgenommen worden. **Cecil Rhodes** verlas eine kurze Darstellung, in der er sagte: Es würde zu viel Raum in Anspruch nehmen, wenn er über die Unzufriedenheit berichten wollte, welche durch die der Goldindustrie auferlegten Beschränkungen und Lasten, sowie durch die **Korruption der amtlichen Kreise** verursacht worden sei. Er habe sich in Uebereinstimmung befunden mit dem Bestreben der leitenden Persönlichkeiten in Johannesburg, die nach langen erfolglosen Bemühungen, auf konstitutionellem Wege eine Besserung herbeizuführen, diese auf nicht konstitutionellem Wege erstrebten, in der Hoffnung, den gebührenden Antheil an den Regierungsgeschäften für Diejenigen zu erlangen, welche 9/10 der Steuern und darüber zahlen. Er, Rhodes, habe gefühlt, daß die dauernd unfreundliche Haltung Transvaals gegenüber der Kapkolonie ein großes Hinderniß sei für den gemeinsamen Handel der südafrikanischen Staaten. Deshalb **habe er die Bewegung mit seinem Gelde und seinem Einfluß unterstützt.** In Bezug auf den Einfall Jamesons erklärte Rhodes, er habe die Truppen Jamesons an der Grenze von Transvaal aufgestellt und habe ein Vorgehen für gewisse Eventualitäten vorbereitet. Jameson sei ohne seine Ermächtigung in Transvaal eingedrungen. Uebrigens sei er, Rhodes, im Allgemeinen bereit, das Urtheil des Untersuchungsausschusses anzunehmen. Er **sei in allen seinen Handlungen sehr durch die Annahme beeinflußt worden, die Politik des Präsidenten Krüger gehe dahin, den Einfluß einer anderen fremden Macht in die schon jetzt verwickelten Verhältnisse Südafrikas einzuführen.** Denn dadurch wäre ein engerer Zusammenschluß der Staaten noch schwieriger geworden. — Rhodes wurde von Sir W. **Harcourt** wegen der Unterstützung des Aufstandes und der Einschmuggelung von Waffen von Seiten der Debeers-Gesellschaft in ein Verhör genommen und antwortete scharf und mitunter gereizt, wenn es sich um diese Personen handelte; er gab Harcourt den Rath, diese zu vernehmen, da er es ablehne, sich auf Kosten Anderer zu rechtfertigen. Im Laufe der Verhandlung wies Rhodes auf die Besetzung Kretas durch Griechenland hin, die ohne Zweifel gegen das Recht sei und doch allgemein gebilligt werde.

Daß der schlaue Millionär sich nach Möglichkeit herauszuwickeln suchen würde, war vorauszusehen. Er operirt dabei auch zweifellos ganz geschickt, wenn er seine angeblichen Befürchtungen vor der „anderen fremden Macht", worunter Deutschland verstanden sein soll, in den Vordergrund schiebt und gleichfalls die englischen Sympathien für Kreta und Griechenland für sich auszunutzen bestrebt ist.